

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Schmelz- u. Steinzeugindustrie, in Schmelz- u. Glasereien, in Papier- und Buchbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Pfisterer, Kiesenleger, Ofenseger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Er erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugpreis 1,- DM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Briefes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund  
Berlin SW 68, Friedelstraße 5-6. Fernspr.: 27 50ndhoff 7650, 7651, 6240. Postfach 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Genossenschaftsangelegenheiten nach Carlshof, Werbera, Berlin SW 11.

### Vorwärts trotz alledem!

Wir leben in einer arretierten Zeit. Eine Krise in früher nie gekanntem Ausmaß durchzittert den Erdball. Die anarchischen Gepflogenheiten des Privatkapitalismus haben die Wirtschaftsmaschinerie zum Stillstand gebracht. In der Hauptsache haben dies verschuldet die Verwalter der Kapitalmächte. In ihrer Macht- und Raffgier, in ihrer Gewissenlosigkeit kennen sie keinerlei Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit. Sie fordern auch trotz des Wirtschaftslamafells keinerlei Maßnahmen zur Abmilderung der Wirtschaftskrise, vielmehr sind alle ihre Forderungen und Bestrebungen geeignet, das Elend der Krise noch mehr zu verschärfen. Sie wehren sich aus Leibeshausen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie fordern immer wieder Lohnabbau bis ins Ungemessene. Beides wirkt krisenverschärfend und erzeugt immer wieder größere Arbeitslosigkeit. Dazu kommt die stete Bedrohung des Weltfriedens. Im fernsten Osten rast der Völkermord trotz Völkerverbund. Auch sonst wird überall mit dem Säbel gerrast. Die allgemeine Kriegsfurcht beherrscht die wirtschaftliche Annäherung der Völker. Allorts begegnet man Mißtrauen. Der Waren- und Kapitalstrom, der von Land zu Land wandern soll, stockt in verkehrender Weise. Hochschußwelle aller Art droheln überall die Einfuhr. Dazu die ungelöste Frage der Reparationen und internationalen Schulden, nicht zuletzt auch das verrückte Streben in allen Ländern nach Aufzartung, nach sogenannter Selbstgenügsamkeit.

So sehen wir ein frostloses Bild allgemeiner Wirtschaftszerrüttung. Die kapitalistischen „Wirtschaftsführer“ entpuppen sich als blinde, unfähige und ordinäre Klappschalter eines verfehlten Wirtschaftssystems. Sie lernen auch nichts zu. Star starren sie auf den mankenden Ohren des Kapitalismus, schwören nach wie vor auf seine Unfehlbarkeit und wissen wie der Dohle im Porzellanladen. Alles was sie unternehmen und erstreben, ist nur geeignet, ihre Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit zu entlarven. Aber sie pochen auf ihre Wirtschaftsmacht. Die gehört ihnen ja noch immer. Und in allen Ländern sind die Staatsmänner aus dem gleichen Holze geschnitten. Sie sind zwar zur Wahrung der Interessen der Allgemeinheit berufen, sie sind auch vielfach der irrigen Meinung, daß zu tun, aber ihre Handlungen gehen konform mit den verhängnisvollen und sicher in die Sackgasse führenden Bestrebungen des Privatkapitals.

Diese arretierte Zeit wäre vortrefflich geeignet, den Gedanken der sozialistischen Planwirtschaft mit aller Deutlichkeit in den Vordergrund zu rücken. Das leuchtet auch den Kapitalverfehlern ein. Und um die dämmernde Einsicht zu verhindern, unternehmen sie ein fortgeschicktes lebhaftes Trommelfeu auf den Verkäuden der Massen. Krampfhaft sind sie bemüht, breite Volksschichten irrezuführen. Das „System“ wird nach allen Regeln der Kunst bombardiert. „Miß“, „System“ meinen sie das marxistische System, von dem sie nichts kennen und das nirgends in der Welt existiert. Aber sie suchen mit diesem Schlagwort ihre eigene Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit zu tarnen und damit den Blick von dem eigentlichen Urheber des Weltübels abzulenken. Keiner von ihnen verrät, daß das System des Kapitalismus die Kleinanschuld an der Weltkrise trägt. Und fonderbar — viele sonst leidlich vernünftig denkende Menschen fallen auf jenen böden Trick hinein. In Deutschland schwören der gesamte kapitalistische Künigle und seine mittelständlerischen Heulen zum Faschismus als Welterlöser, auch sonst glauben unzählige Zeitgenossen und Zeitgenossinnen an diesen Spuk. Generale, Fürsten, Prinzen, Schwerindustrielle, Großgärtner und jeder bedecere Baunnehmer oder Schupfermeister werden Mitglieder der sogenannten

Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“. Der Strohmännchen aller heißt Hitler. Und das Ziel dieser ein Volkenskuckuckshelm verprechenden „Bewegung“? Für jeden nächsten und klar die Dinge leberführenden ist Hitler in allerdingste Abhängigkeit zu zwingen, die Gewerkschaften zu vernichten, das Arbeits- und Tarifrecht zu beseitigen, willkürlich Hungerlöhne zu zahlen, die Sozialpolitik auf den Schuttfaufen der Geschichte zu werfen. Für dieses Ziel sehen die als „Arbeiter“ gefarkten Fürsten, Prinzen, Industriellen und ihr Anhang Millionen ein in der Erwartung, sie nach der Nachtergreifung durch den Faschismus mit Zins und Zinseszins wieder zurückzuerhalten.

Leider erliegt auch ein großer Teil des Proletariats dieser in größtem Stil inszenierten Brunnenergiltung. Den vom Elend der Arbeitslosigkeit gepeinigten Massen wird ja das Himmelreich auf Erden versprochen. Und wer in qualvollen Alltagsnöten das klare Denken verlernt hat, wer verärgert und verbittert ist, der folgt eben den Rattenfängerfönnen Hitlers in der vagen Hoffnung, daß es ihm dann besser ergehen werde als bisher. Hitler verspricht ja Arbeit und Brot. Wo er das hernehmen soll nach der „Machtergreifung“ durch den Faschismus, das weiß er natürlich auch nicht. So baut der hungerrnde Prolet Luftschlöffer, er erliegt einer Demagogie, wie sie in der Welt in solchem Ausmaße noch nie erlebt worden ist...

Das klassenbewusste Proletariat steht bei diesem heftigen Kampf in der Abwehr. Und es führt diesen Kampf voller Zuversicht, obwohl der Widrigkeiten mehr als zu viel vorhanden sind. Beim Gegenspieler plumper Volksbetrug, abgefeimelte Demagogie, die Wirtschaftsmacht und gemeiner Wille zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Und im eigenen Lager die Spaltung des Proletariats. Raum berechenbar der Schäden, den die hemmungslose und geradezu verrückte Zerlegungspolitik der sogenannten Kommunisten bei der Abwehr des Proletariats gegen wirtschaftliche und soziale Reaktion antizipiert. In Verkennung dringender Gefahren dressiert diese Partei ihre Befolgung auf den Kampf gegen den „Hauptfeind“ Sozialdemokratie und Gewerkschaften, vernebelt das so klare Gesehts-

feld in ganz unverantwortlicher Weise, irrtiert damit die eigene Anhängererschaft, die vielfach auf Grund verrückter Parolen vom sogenannten Kommunismus zum Faschismus und umgekehrt wechselt, heute „Mit Front!“ und morgen „Heil Hitler!“ schreit. Diese Verwirrung der Geister ist nicht etwa im Abflauen begriffen. Da ist es ein schlechter Trost, wenn behauptet wird, daß einstmals die Geschichte über dieses fragliche Kapitel proletarischer Selbstzerfleischung ihr gerechtes Urteil fällen dürfte...

Die Preußenwahlen haben erwiesen, daß trotz aller Widrigkeiten Millionen denkender Arbeiter und Arbeiterinnen unverrückt zum alterproben Banner des Sozialismus und zur Fahne der Gewerkschaft stehen. Die Hoffnung ist nicht unbegründet — manche Anzeichen deuten darauf hin —, daß die irregelleiteten Klassengenossen sehr bald aus ihrem radikalen Traum und ihrem Irrwahn erwachen und wieder zur rechten Tür zurückfinden werden. Dies und die Gemisheit, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört, stehen uns an, in aller Treue und mit voller Ueberzeugung den Kampf zu führen für den Aufbau einer neuen Wirtschaft. Der Sozialismus wird der kapitalistischen Willkür ein Ziel und an ihre Stelle die Gemeinwirtschaft setzen, die der Kontrolle der Allgemeinheit unterliegt. Der Sozialismus ist keine Utopie, er scheint angesichts der verrückten Wirtschaftszustände zum Greifen nahe, er ist teuerstes Gut, das wir trotz alledem erringen werden!

Wir stehen im Zeichen des Uebergangs zur Planwirtschaft. Der Gegner sind viele. Der Kampf ist hart. Wir wissen auch, daß wir den Sozialismus nicht von heute auf morgen erringen. Das von der Sozialdemokratischen Partei aufgestellte Uebergangsprogramm soll dem Umbau der kapitalistischen Wirtschaft und der Vorbereitung des Sozialismus dienen. Sozialismus heißt Menschenwürde, heißt Kulturfortschritt auf allen Gebieten des menschlichen Lebens. Sozialismus bedeutet die Befreiung der Abhängigkeit vom Kapitalismus, bedeutet ein freies Menschentum. Und wir werden ihn verwirklichen trotz des Geistespunks verworrenen Leidenschaften, trotz aller Gegner von rechts und links! Vorwärts trotz alledem! Dem Sozialismus gehört die Zukunft!

### Absonderliche Sonderlichung im Baugewerbe.

Die Schlichter sollen bei Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern schlichtend eingreifen. Daher ihre Amtsbezeichnung. Wenn aber jemand fragt, ob die Art und Weise, wie die vom Arbeitsministerium für das Baugewerbe eingesehenen Sonderlichungen die Lohnunterschiede im Baugewerbe behandeln, noch etwas mit Schlichtung zu tun hat, so muß dies glattweg verneint werden. Was da im Baugewerbe vor sich gegangen ist und noch vor sich geht, ist nichts anderes als Lohn-diktatur. Wir sind überzeugt, das Reichsarbeitsministerium hat den drei Sonderlichungen feste Instruktionen erteilt: So habt ihr zu entscheiden und nicht anders! Und die Schlichter handeln danach. Sie müssen es. So etwas ist aber keine Schlichtung mehr. Was nützen alle noch so feisigen Gründe der Parteien, wenn der Schlichter das „schlichtende Urteil“ bereits in der Tasche hat! Dann ist das Gewicht der Gründe und Gegengründe federleicht. Uebbrig bleibt die staalkhe Lohn-diktatur, und zwar eine solche Diktatur, die für den Schutz der Schwachen, in diesem Falle — angesichts der Krise — der Arbeiter-schaft, nicht mehr viel übrigbleibt...

Greifen wir aus den uns zugegangenen Berichten über den Verlauf dieser vom Reichsarbeitsministerium in allergrößtem Stil inszenierten Lohnabwankomödie einige Stichproben heraus. Nehmen wir das Vertragsgebiet Thüringen. Dort war der Sonderlichungspflichtgemäß mit Tabellen versehen über die Löhne der anderen Berufe. Jedenfalls hatte sie ihm das Reichsarbeitsministerium, um ihm die „Schlichtung“ zu erleichtern, zur Verfügung gestellt. Bereits vor Beginn der „Verhandlungen“ hatte

er diese „Unterlagen“ sorgsam studiert, um zu einem „gerechten“ Urteil zu kommen. Vor allem hatte er sich in die Metallarbeiterlöhne jener Gegend verlesen. Nun spricht man aber von einer bei der Schlichtung zu beachtenden Relation der verschiedenen Löhne aus der Vorkriegszeit. Und da steht es in diesem Falle so, daß im Jahre 1914 die Metallarbeiter in Erfurt etwa 50 % Stundenlohn hatten, während der Maurerlohn 64 % betrug; er stand demnach damals 28 % über dem Metallarbeiterlohn. Heute gibt es dort keinen reinen Metallarbeiterlohn mehr, es gibt einen Grundlohn, einen Leistungszuschlag und einen Zuschlag für die Akkordarbeit. Auf diese Weise kommt für die Arbeitererschaft des Metallgewerbes, zumal mehr als zwei Drittel dieser Arbeiter im Akkord arbeiten, ein Stundenverdienst von etwa 74 % in Betracht. Sieht man nun die Relation heran, so müßte ein Maurerlohn von 95 % je Stunde herauskommen. Aber das paßt dem Schlichter absolut nicht in den Kram. Man müsse doch anerkennen — so lüchelt er sich herauszureden — daß der Grundlohn der Metallarbeiter immerhin nur 65 % betrage. Hierauf wurden dem Schlichter die Verhältnisse im Schutzbau der Eisenindustrie vorherrschend ist. Für die Schutzbauarbeiter besteht in Erfurt ein Zeitlohn von 76,5 und ein garantierter Mindestakkordlohn von 86 %. Die Relation der Vorkriegsverhältnisse in Betracht gezogen ergibt, daß damals die Schutzbauarbeiter etwa 48 % Durchschnittslohn hatten, die Maurer dagegen standen im Lohn 16 % besser je Stunde, ihr Lohn lag demnach um 39 % höher. Ueberträgt man diese

Relation auf die heutigen Verhältnisse, so müßte nach dem heutigen Zeitlohn der Schiffsarbeiter von 77 1/2 ein Arbeiterlohn von 101 1/2 herauskommen. Vorgehalten wurde dem Schlichter auch, daß Erfurt vor dem Kriege Städte wie Kiel, Braunschweig und Kassel im Lohn voraus der gleich. Aber alles dies nützte nichts, unsere Vertreter predigten tauben Ohren, der Schlichter kam zu dem bereits im „Grundstein“ erwähnten „Schiedspruch“. Er war außerdem geneigt, in der Frage der Zeitdauer die Lohnhöhe der Schlichter und nach Belieben auslegbare Kimmig-Klausel anzuwenden, wonach beide Parteien das Recht der Kündigung mit Monatsfrist auf Monatsende dann haben sollen, wenn sich die Löhne im Baugewerbe oder die Zustände in der Wirtschaft allgemein ändern. Das ging sogar dem Syndikus Dr. S. F. S. F. wider den Strich, er erklärte, er hätte keine Lust, den ganzen Sommer als Tarifstreiter zu fungieren. Der Schlichter kam hierauf von seinem künftigen Vorschlag ab. Die Löhne gelten nunmehr bis 31. Dezember 1932. Wir sehen aber, daß auch in diesem Falle dem Schlichter die Klausel im Reichsarbeitsvertrag nicht imponierte, wonach im Baugewerbe nach dem Willen der Vertragsparteien einjährige Lohnvertragsperioden bestehen sollen. Darüber setzte er sich selbstherrlich hinweg. Gestrichelt wurde auch als „Recht“ behauptet auszuliegen, Herr Reichsarbeitsminister! Jedemfalls haben solche Vorgänge reichreichen Aufschluß über die Art und Weise, wie Schlichter mit ihrem wichtigen Amt herumhantieren.

Nunmehr wollen wir einmal in das Schlichtungsgebiet des Herrn Dr. Kimmig einsteigen. Er hat im Tarifamtsgesetz Frankfurt a. M. den Lohn in der Spitze von 115 auf 93 1/2 gesenkt. Dieser brutale Spruch hat sogar bei den Unternehmern Befürchtung hervorgerufen. Unsere Kollegen erklärten, so solchen Löhnen, wie Dr. Kimmig sie ausgesprochen, habe die Arbeit in diesem Vertragsgebiet jeden Sinn verloren. Viele Unternehmer äußerten die gleiche Ansicht. Nach Bekanntwerden des Spruches wurde von einer Anzahl Unternehmer telephonisch erklärt, die um ihre besten Löhne gemährleisteten nicht mehr auch die bestehende Existenz der Arbeiter, sie wählten nicht, was sie nunmehr beginnen sollten. Ein Unternehmer, Herr Seubert, der an einem großen Kirchenbau in Wormheim heute beschäftigt, sprach sogar persönlich im Büro unserer Baugewerkschaft vor und sagte er habe gehört, die Bauarbeiter seien in der Spitze auf 93 1/2 gesenkt worden. Man habe schließlich mit einem Spruch auf 1,00 oder 1,02 M Stundenlohn gerechnet; aber diese neuen Löhne seien so absurd, daß er es kaum über sich brächte, seinen schon 25 Jahre lang bei ihm beschäftigten Arbeitern einen solchen Lohn anzubieten. Ein solcher Schiedspruch sei vollkommen unhaltbar. Der Mann hat recht. Aber was soll man machen? Tun kann man allerdings etwas! Den Arbeitern bleibt immerhin noch der Ausweg, ihre Arbeitsleistung dem Lohn entsprechend zu gestalten. Wenn man auf eine solche unerhörte Weise die Bauarbeiter vergewaltigt, dann helfe, was helfen mag! Wir können es keinem Bauarbeiter verdenken, wenn er unter diesen Umständen zu einem solchen Ausblassmittel greift! Da ist ferner die Tiefbaufirma Dhl in Limburg-Weh. Sie führt in der Nähe von Camborg im Goldenen Grund Straßenbauarbeiten aus. Wie bei ihr beschäftigten Tiefbauarbeitern fraten an die Firma heran mit dem Wunsch, man möge sie entlassen; zu dem nunmehrigen Tiefbauarbeiterlohn habe es keinen Zweck mehr zu arbeiten. Ihnen sei jetzt alles egal, es sei ihnen auch gleich, ob sie Unterstützung bekämen oder nicht, für solche Sumpflöhne, bei jumeist doppeltem Haushalt, könne kein Unternehmer mehr von ihnen Arbeit verlangen. Der Vertreter dieser Firma rief bei unserer Baugewerkschaft Frankfurt an und erklärte, er verfolge den Wunsch dieser Arbeiter durchaus, sie hätten nicht unrecht. So sehen wir, daß selbst dem Unternehmer in dieser ganz ungeheuerlichen Lohnabnahme nicht gefällt. Teilnahmlos sind in dieser Frage zur Zeit nur jene Betriebe, die keine Aufträge haben. Zum Ueberfließ hat auch noch der Frankfurter Schlichtungsausschuß den staatlichen Sonderlichter misant den Herren im Reichsarbeitsministerium glänzend desavouiert. Er legte, nachdem dieser Kimmig-Schiedspruch gefällt war, den Lohn für Heizungsmonteur auf 1,10 M fest. Da diese Regelung von beiden Parteien angenommen wurde, hat sie Rechtskraft erlangt. Wir wissen allerdings nicht, ob ein solcher Spruch den Herren im Reichsarbeitsministerium sonderlich imponiert. Heizungsmonteur sind Bauarbeiter. Der Schiedspruch für sie wurde gefunden durch den staatlichen Schlichtungsausschuß, also durch eine Instanz, die dem Reichsarbeitsministerium untersteht. Jedenfalls wird von uns aus alles unternommen werden müssen, um den ganz unmöglichen Schiedspruch im Tarifamtsgesetz Frankfurt erbringlich zu korrigieren!

Bei den „Schlichtungsverhandlungen“ für das Rheinland konnte sich der Schlichter Lichterstein in absolut nicht davon überzeugen lassen, daß zwischen Rheinland und Westfalen schon stets eine Differenz zugunsten des Rheinlandes bestanden habe, und es berechtigt sei, diese Differenz beizubehalten. Herr Lichterstein ließ sich nicht davon abbringen, die rheinländischen Löhne an die Löhne Westfalens „anzugleichen“. Alle Einwände mußten nichts! Es nützte sogar nichts, als darauf hingewiesen wurde, daß schon vor dem Kriege zwischen den Löhnen im Rheinland und in Westfalen ein Unterschied von 6 bis 7 1/2 je Stunde bestanden habe. Auch nützte es nichts, als ihm nachgewiesen wurde, daß das Lohnniveau auch in anderen Berufen im Rheinland höher ist als in Westfalen. Die vorgeschlagene Meinung — oder auch Instruktion — des Schlichters war nicht zu erschüttern. Ohne besondere Ueberlegung handierte er bei der Lohnfestsetzung nach eigenem Willen, so daß dabei manche Absonderlichkeiten zutage traten. So hatte Kreisfeld als Großstadt bisher 4 1/2 mehr Lohn als Mars; durch den Schiedspruch Lichtersteins hat Mars heute 1 1/2 mehr Stundenlohn als Kreisfeld. Daß die Arbeitervertreter Lichterstein bei den Angelegenheiten seines „Schiedspruches“ mit wenig schmeichelehaften Behauptungen bedachten, ist unter diesen Umständen zu verstehen. Man teilt uns mit, der Schlichter hätte anlässlich dieser Szene wie ein „hologener Pudel“ dagelegen. Aber Pudel haben bekanntlich zwar ein bißchen, aber auch jedes Fell; sie können sich leicht wieder trocken-schütteln...

Dies sind einige Stichproben aus dem Verfahren der durch Stögerwald eingeleiteten staatlichen Sonderlichter im Baugewerbe. Ein weiterer Kommentar hierzu erbitigt

sch. Vielleicht bietet sich Gelegenheit, an Hand weiterer Berichte dieses „Schlichtungsverfahrens“ noch mehr ins grelle Licht der Öffentlichkeit stellen zu können.

**Ein Staatsinstitut für nachlässige Hypotheken in Preußen.**

Mit bemerkenswerter Schnelligkeit hat sich die preussische Staatsregierung entschlossen, die schlimmen Folgen, die der Befestigung des Wohnungsbauanteils der Hauszinssteuer anbahnen, nach Möglichkeit zu beseitigen. Zu diesem Zweck hat sie ein gemeinnütziges Institut mit der Rechts-eigenschaft einer öffentlich rechtlichen Körperschaft gegründet, das der Aufgabe dienen soll, den nachstelligen Hypothekenschlichter, der nach Befestigung des Wohnungsbauanteils der Hauszinssteuer festsagen in der Luft schwebt, zu pflegen.

Mit der Gründung ist eine der bedeutendsten bau- und kreditwirtschaftlichen Aufgaben gelöst worden, die es in Deutschland überhaupt gibt. Schon vor dem Kriege bereitete die Befestigung nachlässigen Hypothekenschlichters erhebliche Sorgen, und seit der Jahrhundertwende war sie zu einem sehr ersten Problem geworden. Viele Projekte wurden ausgearbeitet, die die Befestigung zweier Hypotheken organisieren wollten, und vereinzelt sind diese Projekte auch durchgeführt worden. Aber nirgends wurde das Ziel erreicht. Auch die Stadtkassen, die zur besonderen Pflege des städtischen nachlässigen Realcredits gegründet wurden, haben im wesentlichen versagt. Es schien, als ob in dem reichen Deutschland der Vorkriegszeit mit seiner Fülle erstklassiger Anlagemöglichkeiten Kapital für weniger ertragsfähige Verwendung am freien Markt nicht zu haben sei.

Immerhin haben jene Schwierigkeiten im Vergleich zu denen, vor denen wir heute stehen, eine nur verhältnismäßig bescheidene Rolle gespielt, denn vor damals Grundbesitz erwerben oder bauen wollte, war in der Regel ver-



**Gelesene Nummern des „Grundstein“**

**Werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem unorganisierten Arbeitskollegen!**

mögend genug, um seine geschäftlichen Pläne mit Hilfe einer ersten Hypothek verfolgen zu können. Mit anderen Worten: der Mangel eines Marktes für nachlässige Hypothekenschlichter konnte wegen des verhältnismäßig großen Eigenkapitals der Interessenten nicht immer noch zu einem erheblichen Teil überbrückt werden. Heute sehen die Verhältnisse aber wesentlich anders aus. Das Vermögen, insbesondere das mobile Geldvermögen, ist zum großen Teil dahin. Außerdem gehen die Hypothekenbanken in der Be-leiung nicht mehr bis zu 80%, sondern nur noch bis zu 40%. Und zu allem Ueberfließ stellen die Objekte ihrer Größe wegen schon an das Eigenkapital wesentlich größere Anforderungen als in der Vorkriegszeit.

Selbsterständlich waren diese Schwierigkeiten schon vorhanden, selbst in der Nachkriegszeit die Bauwirtschaft überhaupt wieder aufgenommen worden ist. Aber die Hauszinssteuerhypothek hat die Schwierigkeiten überdeckt; man bedachte, daß Hauszinssteuerhypotheken und sonstige Baudarlehen der öffentlichen Hand bei vier Fünfteln sämtlicher Neubauwohnungen in Anspruch genommen wurden. Berücksichtigt man, daß in dem restlichen Fünftel zum weitaus größten Teil vermuthlich Willen und ausgeprochene Lutz-bauten stecken, so darf man gar schließen, daß die Wohn-banken, die zum Zwecke der Vermietung errichtet wurden, in nur ganz verhältnismäßigem Maße ohne öffentliche Hilfe finanziert worden sind.

In dem Augenblick, in dem die Hauszinssteuerhypothek beseitigt wurde, mußten die Schwierigkeiten offenbar werden. Wir haben hierauf schon im August 1930 hingewiesen, also lange vor der 1. Novemberrechnung, die den ersten Eingriff in den Wohnungsbauanteil brachte. Damals drangen wir nicht durch; denn man glaubte, mit Hilfe von Zinszuschüssen die Hauszinssteuerhypothek ersetzen zu können. Diese Annahme mußte schon deshalb falsch sein, weil auch der größte Zinszuschuß nichts nützt, wenn nicht geklärt ist, ob Hypotheken überhaupt erhältlich sind, und diese Frage, die der Wohnungsbauanteil der Hauszinssteuer in bejahendem Sinne löste, mußte das Zinszuschußsystem unter allen Umständen ungelöst lassen. So erklärt es sich, daß das Gesetz niemals irgendwelche Wirksamkeit erlangt hat. Wenn im vergangenen Jahr Neubauten gleichwohl überhaupt noch in Angriff genommen werden konnten, so einzig deshalb, weil zur Finanzierung noch gewisse Beträge aus dem Wohnungsbauanteil der Hauszinssteuer zur Verfügung stehen. Diese Beträge sind nunmehr aber erschöpft, so daß der Wohnungsbau vor dem Nichts steht.

Hier greift nun die neue Gründung des preussischen Staates ein. Sie schafft zunächst einmal die organisatorischen Voraussetzungen, um den freien Kapitalmarkt dem Wohnungsbau dienlich zu machen. Dies ist der Grund, aus dem der preussische Staat für sie die Haftung übernommen hat. Die Kredite, die sie aufnimmt, gehen damit als unbesicherter.

Es darf als erfreuliches Anzeichen gedeutet werden, daß die Regierung schon Protokolle erlassen hat, sobald in der Öffentlichkeit von den Plänen etwas durchsickerte. Alle möglichen Stellen, insbesondere öffentlich-rechtliche Kreditanstalten und der Hausbesitz hatten ein Interesse daran, daß das, was nunmehr geschehen ist, nicht oder jedenfalls nur in einer Form geschähe, die den jeweiligen Sonderinteressen Rechnung trage. Diese Gefahr kann als beseitigt gelten, so daß von dem wenigen Kapital, das zur Zeit für langfristige Anlagen in Hypotheken und Anleihen zur Verfügung steht, der Wohnungsbau den ihm gebührenden Anteil erhalten wird.

**Vernünftige Beurteilung der Gewerkschaften.**

Im „Deutschen Volkswirt“ Nr. 29 finden wir eine eingehende Behandlung des Problems Arbeitsbeschaffung. Dabei kommt der Artikelschreiber auch auf die Bedeutung der Gewerkschaften im heutigen Staatsleben zu sprechen. Er sagt da:

„Man kann sich den Druck, der auf den Gewerkschaften lastet, überhaupt nicht schwer genug vorstellen. Noch reich ist ihre Organisationskraft dazu aus, auch den größten Teil ihrer arbeitslosen Mitglieder festzuhalten. Aber von Woche zu Woche kehren sich die Inflationsverzweifelter Menschen immer mehr gegen die Mahnungen zur Vernunft, die sie von Führern und Funktionären hören. Immer lauter wird der Ruf: „Ihr müßt um jeden Preis etwas für uns tun!“ Es ist nicht nur ein Interesse der Gewerkschaften selbst, daß sie in diesem Meer von Not und Elend ihren Bau erhalten können. Ohne die Gewerkschaften würde der Wille zum Chaos heute in den Massen der Industriebeschäftigten die überwältigende Mehrheit der Köpfe und Herzen beherrschen, und keine Vernunft könnte dagegen auf. Die Gewerkschaften sind Stützen nicht nur der staatlichen, sondern der menschlichen Ordnung im modernen Industriefaakt, und sie haben Anspruch darauf, daß man ihnen hilft, sich zu behaupten. ... Material ist ungeheuer viel gegeben. Die Durchhaltung des Unterstützungswesens in der Zeit der Krise mit allen Abstrichen, die es erlitten hat, ist eine Großtat, für die heute noch der Maßstab steht. Aber es ist nicht immer alles gegeben, um zu beweisen und zu unterstreichen, daß die leitenden Staatsorgane die große, schwere, ungelöste Not, die trotz aller Hilfe besteht, als Sorge und Aufgabe jedes einzelnen Tages empfinden. Leipzig hatte nicht so unrecht, wenn er darüber klagte, daß sich bei Regierung und Öffentlichkeit eine Abstumpfung gegen die Arbeitslosigkeit geltend mache.“

Die großen Sorgen der Gewerkschaften gehen tatsächlich nicht alle in eine. Sie verlangen nicht finanzielle Unterstützung, sondern Arbeit für ihre Mitglieder. Die Gewerkschaften haben als stärkste Stütze der Republik ein Recht darauf, daß ihre Vorschläge beachtet werden!

**Die Zementbarone produzieren!**

Der große Konzern „Dortland-Zement-Heidelberger-Mannheim-Großgurt AG.“ stellt in seinem Jahresbericht Aktienbesitzungen an, die das Verdrückte darstellen, was Konzernführern in wirtschaftspolitischen Fragen ähnen können. Da heißt es zunächst, die feurigen Stellungnahmen in Verbindung mit den Preislenkungsmaßnahmen der Regierung vernichteten jede Grundlage der Rentabilität. Staatliche Eingriffe, wie der erzwungene Abbau der Kartellpreise, nähmen keine Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit der Werke und hätten zur Folge, daß die Industrie nicht mehr mit Gewinnen arbeiten könne. Die staatlichen Preislenkungen werden ferner dafür verantwortlich gemacht, daß die bisher geübte soziale Rücksichtnahme nicht mehr aufrechtzuerhalten sei.

Man kündigt also kurz und gut an, daß man es die Arbeiter entgehen lassen wolle, was den Kapitalisten des Zementkonzerns vom Reich „zugestift“ worden ist. Dabei war der von der Regierung erzwungene Abbau der wuchernden Kartellpreise eine dringende Notwendigkeit! Wenn es heute angeht die Zementindustrie schließt geht, dann wird die Ursache dafür in den überhöhten Direktoren-geschäften und Ausschüßensanktionen sowie in den hohen Dividenden zu suchen sein, von denen man nun etwas hat abbauen müssen. Von der Höhe der Dividenden auf niedrigere folgen natürlich die Kapitalisten, die nun tatsächlich schlecht gebe. Daran ist natürlich kein Zweifel. Eine Verdringung fondergelegenheit ist es auch, die Preislenkung mit den Stellungnahmen der Zementbarone in einem Aufzug zu nennen. Die Leistung des Heidelberger Konzerns weiß sehr genau, in welchem ungeheuren Ausmaß in der Zementindustrie Kapital vermehrt worden ist. Noch bei absteigender Konjunktur wurde ein Augen-leiter, der den Kartellpreiswucher nicht mitemachen wollte, für eine Million aufgekauft. Ein Jahr später, 1930, wurden die Betriebe stillgelegt, worauf man 800 000 M abschreiben mußte. Der Zusammenbruch des in nächster Reihe des Heidelberger Zementkonzerns liegenden Wiking-Konzerns ist ein klassisches Beispiel für die Mißwirtschaft, die bei führenden Zementkonzernen in der Stille der Monopolpolitik gedeihen konnte. Nunmehr alle, die die Preis-wirtschaftspolitik des Zementkonzerns nicht mitemachen wollten, als Schöblinge der Allgemeinheit hinzufallen, ist mindestens eine ganz besondere Dummheit! Die Schöblinge der Allgemeinheit sitzen in den Kartellen, deren Monopolpolitik die Interessen der Gesamtheit stets mit Füßen getreten hat. Und die Folgen dieser Politik in der Zementindustrie sind nicht zuletzt im Niedergang der Bauwirtschaft zu sehen. Eine Preislenkung ohne Gegenleistung ist es deshalb, zu erklären, wegen der staatlichen Preislenkung keine soziale Rücksichtnahme mehr üben zu können. Allerdings würde sich selbst bei Verwirklichung dieser Erklärung nichts oder nicht viel ändern, denn auch in der Hochkonjunktur, wo Wurdelschnitts-dividenden von 10 bis 15% ausgeschüttet wurden, war soziale Rücksichtnahme in Lohnfragen bei den Zementkonzernen nie zu finden. Bei ihrer Stilllegungspolitik sind sie rücksichtslos und brutal gegen Beschäftigten und Verbraucher vorgegangen. So haben die Zementbarone stets gehandelt! Ihre im Geschäftsbericht geäußerten Provokationen dokumentieren nur den Geist, der schon stets in diesen Konzernen gebercht hat!

**Die Jugend hat ein Recht auf Arbeit!**

Bisher ist es zwar üblich, junge Menschen nach Beendigung der Lehre auf Pflichten zu werfen. Junge Gesellen werden auch eingeleitet. Nach sozialen Gesichtspunkten wird der Verbetrafete und durchweg der Letztere — von den alten Jahrgängen abgesehen — vorgezogen. Mit Recht — aber doch nicht in allen Fällen. Ist nicht der Lehrling in vielen Fällen der einzige, der in der Familie Beschäftigung hat und der etwas Geld nach Hause bringt? Liegt nicht der junge arbeitslose Mensch seinen auch arbeitslosen Eltern und Geschwistern zur Last? Fällt er durch die aufgewungene Mühe nicht am ersten den Rabakaten in die Hände, die ihn auf Stempelfellen, Straßen und Wohnungen Tag um Tag bearbeiten, mit Nebenarbeiten überfallen, ungarnten, verheizen, überreden? Wird nicht der junge Mensch eine Gefahr für den Staat und für die Arbeiterorganisationen selbst? Wenn heute Entlassung und Wiedereinstellung von Arbeitskräften zu regeln ist, dürfen vom sozialen Gesichtspunkt nicht nur Alter und Verbehrung maßgeblich sein, auch der Jugend muß ein Recht auf Arbeit eingeräumt werden! Die Verteilung der Arbeit ist eine nach gerechten, sozialen Gesichtspunkten durchzuführen Aufgabe! Jung und alt dürfen hierbei nicht zu kurz kommen!

### Weitere Schiedsprüche im Baugewerbe.

Im Tarifgebiet Ostlich bewegt sich der Lohnabbau für Facharbeiter zwischen 13,8 und 16,3%. In der obersten Lohnstufe wurde der Stundenlohn von 94 auf 81  $\frac{1}{3}$  gesenkt, in der letzten Lohnstufe von 81 auf 68  $\frac{1}{3}$ . In allen Lohnklassen wurde der Stundenlohn abgebaut um 13  $\frac{1}{3}$ , nur in der Klasse III um 14,4%. In der Tiefbauarbeiterlohn wurde gesenkt um 14 bis 16,4%, in den unteren Klassen auf 46  $\frac{1}{3}$ . Der Lohnabbau bewegt sich demnach zwischen 8 und 10  $\frac{1}{3}$  je Stunde. Diese Löhne sollen erstmalig kündbar sein zum 31. Dezember 1932.

Im Tarifgebiet Gränberg bewegt sich der Lohnabbau bei den Facharbeitern zwischen 13,5 und 16%. In der obersten Lohnklasse, wo der Stundenlohn 71  $\frac{1}{3}$  betrug, wurde dieser gesenkt auf 71  $\frac{1}{3}$  in der unteren Lohnklasse (Freystadt) von 69 auf 58  $\frac{1}{3}$ . Der Tiefbauarbeiterlohn wurde in allen Klassen um 8  $\frac{1}{3}$  je Stunde abgebaut. In Prozenten ausgedrückt sind dies 14,3 bis 16,7%. Der höchste Stundenlohn beträgt nunmehr 48  $\frac{1}{3}$ ; in der niedrigsten Klasse werden 40  $\frac{1}{3}$  Stundenlohn gezahlt. Auch hier sind die Löhne erstmalig kündbar zum 31. Dezember 1932.

Die Löhne im Rheingebiet wurden in ganz unersämler Weise abgebaut. So wurde der Facharbeiterlohn für Kreuzzug (Stufe I) von 103 auf 76  $\frac{1}{3}$  erniedrigt. In der untersten Stufe wurde der Stundenlohn gesenkt von 73 auf 50  $\frac{1}{3}$ . In Prozenten ausgedrückt bewegt sich in diesem Lohngebiet der Lohnabbau zwischen 26,2 und 32,9%. Dem Tiefbauarbeiterlohn wurde in der gleichen ungewöhnlichen Weise mitgeteilt. Auch hier wurde der Lohn in der obersten Lohnklasse gesenkt von 77 auf 58  $\frac{1}{3}$ , in den beiden letzten Lohnklassen von 65 und 61 auf 49  $\frac{1}{3}$ . In Prozenten ausgedrückt bewegt sich der Lohnabbau zwischen 24,7 und 33,8%. Wie wenig überlegt dieser „Schiedspruch“ ist, ergibt sich daraus, daß nach der Weisheit des Schlichters in der vierten Lohnklasse (Heddesheim) dadurch, daß der Bauhilfsarbeiterlohn, der nach dem Reichstarifvertrag 17% unter dem Facharbeiterlohn liegen soll, um 1,5  $\frac{1}{3}$  niedriger zu stehen käme als der Tiefbauarbeiterlohn! Bei den Sonderlichtern ist heutzutage eben alles möglich! Diese Löhne sollen erstmalig kündbar sein mit Monatsfrist zum 28. Februar 1933.

Im Lohngebiet Rheinland, wo zwölf verschiedene Lohnklassen bestehen, wurde in der ersten Lohnklasse der Stundenlohn für Facharbeiter gesenkt von 113 auf 92  $\frac{1}{3}$ . Prozentual gesehen ist der Lohnabbau in den übrigen Lohnklassen noch höher. Er bewegt sich zwischen 18,6% (Köln) und 26,5% in der niedrigsten Lohnstufe. Hier soll der Maurer für 50  $\frac{1}{3}$  der obersten Lohnklasse (Köln) Facharbeiterlohn wurde in der obersten Lohnklasse (Köln) gesenkt auf 66  $\frac{1}{3}$ , in der niedrigsten Lohnklasse von 55 auf 42  $\frac{1}{3}$  je Stunde. Prozentual gesehen bewegt sich hier der Lohnabbau zwischen 11,1 und 23,6%. Auch dieser schändliche Lohnabbau soll nicht etwa gelten bis zum 28. Februar nächsten Jahres, er soll erstmalig kündbar sein zum 30. November 1932. Die Bestimmungen des für allgemeinverbindlich erklärten Reichstarifvertrages sind eben für diese Schlichter nicht vorhanden. Jedenfalls hat auch hier dem Schlichter vorgejodelt, daß die Bauarbeiter in diesem Gebiet zum 1. Dezember einen weiteren Lohnabbau noch sehr gut vertragen können. Das ist zwar alles Uninn, aber es ist Methode!

Die Schlichtungsverhandlungen für das Baugewerbe in der Pfalz sind ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Bei den Lohnverhandlungen vor dem Sonderlichter Dr. Rimmig boten die Unternehmer zuerst den unveränderten Lohnabbau von 31  $\frac{1}{3}$  je Stunde für Facharbeiter in der obersten Lohnklasse, in der niedrigsten Lohnklasse an. Sie verlangten nicht mehr und nicht weniger, als daß der Lohn in der obersten Lohnklasse von 115 auf 84  $\frac{1}{3}$ , in der niedrigsten von 96 auf 60  $\frac{1}{3}$  abgebaut werden solle. Man beachte: Das war ihr letztes Angebot! Jedenfalls waren ihre ursprünglichen Lohnabbauwünsche noch härter. Diese Anforderungen der Unternehmer gingen sogar — das will sehr viel sagen! — dem Sonderlichter Dr. Rimmig über die Fußspur. Er erklärte, er könne für dieses Angebot nicht stimmen, und da für seine Vorschläge die Arbeitervertreter nicht stimmen wollten, sei eben kein Schiedspruch zustande gekommen. So verlief die Verhandlung resultlos. Stolz verließ Dr. Rimmig den Sitzungssaal...

Für das Siegerland wurde der Stundenlohn der Facharbeiter in der obersten Lohnklasse von 92 auf 75, in der zweiten von 84 auf 67, in der dritten von 74 auf 55  $\frac{1}{3}$  gesenkt. Prozentual gesehen ist dies ein Lohnabbau von 18,5 bis 25,7%. Der Tiefbauarbeiterlohn wurde gesenkt in der obersten Lohnklasse von 63 auf 60, in der zweiten von 61 auf 56, in der dritten von 60 auf 40  $\frac{1}{3}$ . Daraus ergibt sich für die oberste Stufe ein Lohnabbau von „nur“ 3  $\frac{1}{3}$ , in der niedrigsten dagegen von 14  $\frac{1}{3}$ . Auch in diesem Falle hat ganz besondere Weisheit den Sinn des Schlichters gefühlt! Der Lohnabbau beträgt prozentual gesehen in der obersten Lohnklasse 4,8, in der zweiten 8,2, in der dritten dagegen 23,3%. Für dieses Gebiet sollen die Löhne erstmalig zum 30. November 1932 kündbar sein.

Für das Lohngebiet Mecklenburg wurde am 13. Mai verhandelt. In der Lohnklasse IA wurde für Facharbeiter der Stundenlohn von 98 auf 83  $\frac{1}{3}$  erniedrigt, in der Lohnklasse I von 85 auf 70  $\frac{1}{3}$ , in der Lohnklasse II von 76 auf 60  $\frac{1}{3}$ . Der Lohnabbau bewegt sich demnach zwischen 13,5 und 21,1%. Die Tiefbauarbeiterlöhne wurden in Lohnklasse I herabgesetzt von 67 auf 56  $\frac{1}{3}$ , in der Lohnklasse II von 58 auf 50  $\frac{1}{3}$ . Für die Tiefbauarbeiterlöhne gibt es in Mecklenburg nur zwei Lohnklassen. Hier beträgt der Lohnabbau prozentual ausgedrückt, 16,4 und 13,8%. Ueber die Geltungsdauer dieses Schiedspruches wird nichts mitgeteilt.

Für den Freistaat Sachsen wurde ebenfalls am 13. Mai verhandelt. Hier bewegt sich der Abbau der Facharbeiterlöhne in den Lohnklassen mit den Ziffern I, II, III und IV zwischen 16,7 und 18,9%. Der Lohn wurde abgebaut in der Lohnklasse I von 108 auf 90, in der Lohnklasse II von 102 auf 85  $\frac{1}{3}$ , in der Lohnklasse III von 96 auf 78  $\frac{1}{3}$ , in der Lohnklasse IV von 90 auf 73  $\frac{1}{3}$ . In den Zwischenklassen bewegt sich der Abbau in gleichem Prozentverhältnis. Die Werkzeugsulage für Leipzig und Dresden wurde je Stunde um 1  $\frac{1}{3}$  gekürzt, sie beträgt nunmehr für Leipzig 7  $\frac{1}{3}$ , für Dresden 5  $\frac{1}{3}$ . Die Werkzeugsulage für Facharbeiter, die bis jetzt im gesamten Vertragsgebiet 2  $\frac{1}{3}$  je Stunde betrug, wurde auf 1  $\frac{1}{3}$  herabgesetzt. Auch

aus diesem Lohngebiet liegt keine Angabe über die Geltungsdauer der Löhne vor. Ueber das Lohngebiet Norden (Samburg) wird berichtet, daß dort die Verhandlungen resultlos verlaufen sind.

### Gegen die Zerstörer der Arbeitslosenversicherung.

Wiederum ist die Arbeitslosenversicherung bedroht. Städtefag, Reichsfinanzministerium und — selbstverständlich — der ganze Unternehmertrupp sehen erneut zum Sturm an. Das gab dem Vorsitzenden des ADGB, Anlaß an den Reichskanzler folgenden Brief zu richten:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Wie uns bekannt geworden ist, beschäftigt sich das Reichskabinett in diesen Tagen unter anderem mit der Frage der Neuordnung der Arbeitslosenversicherung. Die Entscheidungen, die hier zur Erörterung stehen, sind für die Gewerkschaften von so außerordentlicher Bedeutung, daß ich nicht verfehlen möchte, in letzter Stunde unseren Standpunkt zu dieser Frage noch einmal darzulegen.

Es besteht kein Streit darüber, daß eine Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung mit der Arbeitslosenversicherung neben der Arbeitslosenversicherung nicht auf dem untersten Niveau, nämlich dem der Wohlfahrtspflege, durchgeführt werden können, ist der Reichsregierung durch

### Hib! Hinein in die Betriebe!

Der Nazi Betriebszellenleiter an die Gew. und Bezirksleiter der NSDAP. Vertraulich!

„Werden eigene Betriebszeiten herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeiter und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.“ (Aus Vertraulichen Richtlinien der NSDAP.)

### HIB-HIP-HAB!



### HIB-Hinein in die Betriebe!



### HIP - Hinein ins Portemonnaie



### HAB - Hinaus aus den Betrieben!

unsere wiederholten Kundgebungen bekannt. Eine mindestens gleiche Bedeutung müssen wir aber unserer immer wieder erhobenen Forderung nach Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung beimessen. Es besteht unseres Erachtens auch heute noch kein adäquater Grund, die Versicherung zugunsten einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung zu beseitigen, vielmehr besteht nach wie vor die Verpflichtung, dem beträftigten Beitragsaufkommen, aus dem heute die Versicherung ausschließlich finanziert wird, auch Rechte gegenüberzustellen, die über den Anspruch eines Fürsorgeempfängers hinausgehen.

Wir würden es darum als ein großes Unrecht ansehen müssen, wenn etwa zugunsten der im übrigen zweifellos gewaltig überhöhten und übertriebenen Entparnismaßnahmen die Reichsregierung auf die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung verzichtet wollte.

Ich darf daher die Hoffnung aussprechen, daß die schwerwiegenden Gründe, aus denen heraus wir in der Vergangenheit stets für die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung eingetreten sind, auch bei den jetzigen Beratungen des Reichskabinetts gebührende Beachtung finden.

Es muß erwartet werden, daß die Reichsregierung die Forderungen der Gewerkschaften nach Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung erfüllt. Auch in dieser Hinsicht sollte man in den Staatskanzleien den Chor der „Zusteuferer“ und Entsetzten nach ausreichender Unterfertigung — und noch besser als jede Unterfertigung — nach Arbeitsbeschaffung nicht überhören. Wir brauchen absolut keine Multiplikation von rückwärts gerichteten „Reformen“, die sich an Beratungen mit solch beschämenden Ergebnissen, die sich lediglich als wirkungslose Zutreiber der staatsfeindlichen, reaktionären Nazifront erweisen, ist kein Bedarf.

### Vom baugewerblichen Kampffhaupplatz.

In Mecklenburg sind an vielen Stellen (scharfe Kämpfe ausgebrochen. Dort waren die Unternehmer so frech — anders kann man diese Handlung nicht nennen — vom 2. Mai an ohne weiteres auf der ganzen Linie 30 % Lohnabbau zu dekretieren. Wer sich dem nicht füge, habe sich als ausgesperrt zu betrachten. Eine solche Unverfrorenheit löste selbstverständlich stärkste Entrüstung aus, so daß die Kollegen beschlossen, sich diesem brutalen Lohnhakt nicht zu fügen. In einigen Orten haben die Unternehmer bereits nachgegeben, so daß die Arbeit dort zu den bisherigen Bedingungen wieder aufgenommen werden konnte. Dafür beteiligten sich jetzt an der Aussperrung in anderen Orten Unternehmer, die bisher unsere Kollegen zu den alten Löhnen weiterbeschäftigt hatten. Dies ist auf einen Druck durch den Unternehmerverband zurückzuführen. Eine große Anzahl Unternehmer erklärt auch, daß sie das Vorgehen der aussperrnden Unternehmer nicht gutfinde. Die Schlichtungskommission ist wegen des brutalen Vorgehens der Unternehmer bereits angerufen worden. Ueber den Verlauf dieser Sitzung können wir noch nicht berichten. Bemerkenswert sei zum Schluß, daß sich die unorganisierten Unternehmer dem Vorgehen der Mitglieder des Unternehmerverbandes nicht befleißigen. Aus einer Anzahl Orte wird gemeldet, daß bei ihnen zu den alten Bedingungen gearbeitet wird; dagegen erklären die organisierten Unternehmer, sie müßten sich der Anordnung ihres Verbandes fügen. Also brutalster Terror nicht etwa durch Arbeiter, sondern durch Unternehmer!

In Heilbronn haben die Kollegen am Hochbau einmütig den Streik beschlossen zur Erkämpfung der ihnen zufließenden Lohnklasse. Der Streikfall war durch Schiedspruch geregelt, aber die Heilbronner Unternehmer versuchen in rücksichtsloser Weise, eine niedrigere Lohnklasse durchzusetzen. Auf diese Weise würde ein Maurer 31, ein Hilfsarbeiter 23 und ein Tiefbauarbeiter 18  $\frac{1}{3}$  Lohnabbau hinnehmen müssen. Auf Grund dieser Unternehmerfrechheit — anders kann man das auch in diesem Falle nicht nennen — wurde am 10. Mai auf allen Baustellen die Arbeit eingestellt. Die Stimmung der Kollegen ist gut. Bisher haben vier namhafte Firmen, bei denen etwa 340 Kollegen in Arbeit stehen, nachgegeben. In den übrigen Hochbauergewerkschaften wird weitergetreift.

Etwas Besonderes leisten sich auch die Unternehmer in Reutlingen. Obwohl für Reutlingen nach dem Schiedspruch 83  $\frac{1}{3}$  Spitzenlohn in Betracht kommen, hat die Bauergewerkschaft beschlossen, fortan nur 65  $\frac{1}{3}$  Stundenlohn zu zahlen. Wegen dieser Vergemeinlichung hat die Bauergewerkschaft ganz entschieden Protest eingelegt.

Dies sind einzelne Stichproben aus dem Lohnwahn, das durch die Sonderlichter im Lande entzündet ist. Im übrigen stehen im Abwehrkampf Kollegen in Frankfurt a. O., Gera, Jork, Angermünde, Wittenberge, Neuruppin, Sachsenweide, Rathenow, Oderberg, Strausberg, Salzwedel, Jers, Meißens, Jockensmühlen, Wittenfeld, Solingen, Bonn, Hameln, Wilmshausen, Hohen, Samburg, Rostock, Barnimünde, Teterow, Eisenhagen, Waren, Ostrow, Schwerin, Hagenow, Leipzig, Dresden, Plauen, Glauchau, Chemnitz, Brandis, München und — wie schon oben erläutert — in Heilbronn.

### Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund.

Teilstellungsergebnis vom 25. April 1932.

Bezirksverband	Berichtende Bau-gewerkschaften	Mitgliederzahl an Wochen-tagen	Arbeitslose		Die Woche vorher
			Anzahl	%	
Königsberg	7	13 186	12 221	92,7	93,8
Danzig	1	3 223	2 613	81,1	80,9
Stettin	61	13 725	11 001	80,2	82,1
Breslau	39	33 550	27 742	83,2	85,1
Berlin	69	43 861	34 763	79,3	80,2
Magdeburg	42	22 814	19 593	85,9	84,5
Erfurt	42	16 867	14 394	85,3	85,7
Frankfurt	17	27 907	24 187	86,7	89,7
Köln	12	14 208	13 142	92,5	93,0
Dortmund	12	14 030	12 834	91,5	91,6
Hannover	39	25 339	20 584	81,2	82,9
Bremen	31	12 793	10 961	85,7	86,2
Hamburg	45	26 364	22 465	85,2	85,0
Rostock	60	7 948	5 813	73,2	75,9
Dresden	31	52 766	44 778	84,9	86,0
Nürnberg	29	14 890	12 778	85,8	87,6
München	27	9 915	8 799	88,7	90,9
Stuttgart	14	8 027	6 641	82,7	84,2
Karlsruhe	10	11 641	10 257	88,1	—
Zusammen	571	372 849	315 566	84,64	—
Vorige Woche	571	373 899	320 837	—	85,81

Die Arbeitslosigkeit geht nur sehr langsam zurück. Gegenüber dem vorhergehenden Berichtsmoat haben wir im Reichsdurchschnitt eine Abnahme von 88,90 % auf 84,64 %. Ende April 1931 betrug der Reichsdurchschnitt 65,23 %. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres haben wir also noch eine um 19,41 % höhere Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ging zurück in den Bezirksverbänden: Königsberg von 95,5 auf 92,7 %, Stettin von 88 auf 80,2 %, Breslau von 89,8 auf 83,2 %, Berlin von 82,8 auf 79,3 %, Magdeburg von 87 auf 85,9 %, Erfurt von 91,9 auf 85,3 %, Frankfurt von 90,9 auf 86,7 %, Köln von 93 auf 92,5 %, Dortmund von 92,5 auf 91,5 %, Hannover von 87,3 auf 81,2 %, Bremen von 88,3 auf 85,7 %, Hamburg von 85,7 auf 85,2 %, Rostock von 84,8 auf 73,2 %, Dresden von 89,4 auf 84,9 %, Nürnberg von 91,4 auf 85,8 %, München von 94,6 auf 88,7 %, Stuttgart von 92,3 auf 82,7 %, Karlsruhe von 89,9 auf 88,1 % und Danzig von 88,2 auf 81,8 %. Ueber dem Reichsdurchschnitt stehen die Bezirksverbände Königsberg, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Bremen, Hamburg, Dresden, Nürnberg, München und Karlsruhe; unter ihm stehen die Bezirksverbände Stettin, Breslau, Berlin, Hannover, Rostock, Stuttgart und Danzig. Die Spanne zwischen der höchsten und der niedrigsten Arbeitslosenziffer beträgt 19,5 %. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 90 % (90,8), bei den Bauführern 81,3 % (84,8) arbeitslos.

# Streiks u. Lohnbewegungen

**Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:** Gesperrt sind die Arbeiter des Unternehmens Schnauer, Niederbiffau (Lübeck), Sauffelle Gustaf Hofschloß bei Reinfeld wegen unverschämten Lohnabwertungs und die Arbeiter der Firma Wiesbeck in Norden wegen Tarifbruch.

**Töpfer:** Gesperrt sind in Grimmitzsch die Firma Heringer, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Höncke und Böhme.

**Schweiz:** In Zürich nimmt die Arbeitslosigkeit im Spätherbst immer größeren Umfang an, weshalb eindringlich vor Zureile gewarnt wird. Arbeitsbewilligungen werden von den zuständigen Instanzen nicht mehr bewilligt, ferner wird keine Reiseunterstützung gezahlt. Außerdem sind für Schwarzarbeiter hohe Strafen ausgeworfen.

# Aus der Sozialgesetzgebung

## Die Invalidenversicherung im Jahre 1931.

Dem letzten erschienenen Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1931 entnehmen wir folgende interessante Zahlen und Angaben über die Invalidenversicherung: Von den Landesversicherungsanstalten wurden im Berichtsjahre 423 588 Renten neu bewilligt. Weggefallen sind dagegen 437 479 Renten. Insgesamt wurden zu Beginn des Jahres 1932 an Renten gezahlt: 2 285 928 Invalidenrenten, 18 488 Krankenrenten, 40 239 Altersrenten, 651 776 Witwen- (Witmer-) Renten, 215 Witwen-Krankenrenten und 545 637 Waisenrenten. Im ganzen betrug also die Zahl der aus der Invalidenversicherung gezahlten Renten 3 544 173. Die Gesamteinnahmen betrugen etwa 1444 Millionen Mark. Hieron entfallen etwa 134 Millionen Mark auf Rentenleistungen. Katastrophal ist die Einnahme durch Beiträge geblieben. In dem Bericht heißt es hierzu: „Die gesamten Beitragseinnahmen im Jahre 1931 können mit rund 819 Millionen Mark angenommen werden, eine Summe, die um 167 Millionen Mark unter der Beitragseinnahme des Jahres 1930 und um 273 Millionen Mark unter derjenigen des Jahres 1929 liegt.“ Hier macht sich in nicht zu verkennender Weise nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch der Lohnabbau bemerkbar. Das gesamte Vermögen der Invalidenversicherung wird mit Ende des Jahres 1931 auf 1440 Millionen Mark geschätzt. Hier ist zu bemerken, daß dieses Vermögen fast gänzlich fest angelegt ist. Die Versicherungsträger können also nicht ohne weiteres frei darüber verfügen. In Heilfürsorge wurden im Jahre 1930 insgesamt 497 282 Personen genommen. Eine „ordentliche“ abgeschlossene Heilbehandlung“ erlitten 440 484 Personen. Die Gesamtausgaben für die Durchführung der Heilfürsorge belaufen sich auf 126 527 566 M. Im Reichsbudgetschnitt entfallen auf 100 Vollversicherte, die mit 13,5 Millionen angenommen werden, 3,76 Heilbehandlungen. Anträge auf Heilbehandlung gingen 694 000 ein. Groß sind weiter die Ausgaben der Invalidenversicherung im Rahmen der allgemeinen Gesundheitspflege. So wurden zur Bekämpfung der Tuberkulose (ohne die einzelnen Fahrten) 13,4 Millionen Mark ausgegeben. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erforderte 2,4 Millionen Mark. Für andere Volksleiden (Krebs, Alkoholmissbrauch usw.) wurden ebenfalls nicht unbeträchtliche Mittel aufgewendet. An sonstigen Ausgaben (einen noch erwähnen: Aufwendungen zur Fürsorge für Kinder und Jugendliche, für Nichtversicherte und für Waisen. Bemerkenswert ist weiter, daß allein 277 Beratungsstellen für Geschlechtskranke unterhalten worden sind. In diesen wurden insgesamt 347 000 (im Vorjahre 298 000) Beratungen erteilt. Festgestellt wurden dabei 88 707 Personen, die an einer Geschlechtskrankheit leiden. Erwähnenswert ist noch, daß die Versicherungsanstalten ihr Vermögen meist in Form von Anleihen, für Wohnungsbauprogramme wurden im Jahre 1931 insgesamt 111,1 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Seit dem Jahre 1925 sind für diesen Zweck 355,6 Millionen Mark angelegt worden. Daneben unterstützte die Invalidenversicherung noch indirekt den Wohnungsbau durch Kauf von Pfandbriefen usw. Zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen wurden im Jahre 1930 neu 67,2 Millionen Mark aufgewandt. Seit dem Jahre 1925 sind für den gleichen Zweck 368 Millionen Mark bewilligt worden. Auch sonst sind noch große Summen für allgemeine gesundheitsförderliche Zwecke bewilligt und ausgegeben worden. Im ganzen sind dies rund 20,3 Millionen Mark. Der Bericht schreibt hierzu: „In diesem Betrag sind 90 650 M. enthalten, die zum Besten der notleidenden Landwirtschaft dienen.“ Diese Bemerkung und die Ausgabe der Gelder für solche Zwecke muß merkwürdig berühren. Seit wann sind die Beitragsgrößen der Invalidenversicherung da, der „notleidenden Landwirtschaft“ zu helfen? Es ist ersichtlich, bei was für Anstalten und Einrichtungen die Landwirtschaft überall Mittel und Gaben flüssig macht. Es ist dringend zu erwarten, daß über die Verwendung dieser Gelder noch nähere Aufklärung gegeben wird. Wenn es sich dabei auch nur um einen Betrag von rund 20 000 M. handelt, der im Gesamtbild der Versicherung gar keine Rolle spielt, so sind nähere Angaben über die Verwendung doch erwünscht. Betrachtet man all diese Zahlen, so kann man erkennen, welche Millionen die Invalidenversicherung zur Hebung der Volksgesundheit ausgegeben hat. Man kann mit Recht behaupten, daß die Invalidenversicherung in Gemeinschaft mit den Krankenkassen die einzige Einrichtung ist, die nicht nur in Wort und Schrift, sondern auch in Wirklichkeit versucht, die Volksgesundheit zu heilen und zu verbessern. Um so trauriger ist es, daß heute die Landesversicherungsanstalten infolge des katastrophalen Beitragsrückganges gezwungen sind, alle freiwilligen Leistungen einzustellen. Die Beitragseinnahmen reichen nicht einmal mehr aus, um die Pflichtausgaben an Renten zu bestreiten. Die jahrelange Arbeit der Versicherung wird durch diese Einstellung, an der die Versicherung selbst vollkommen schuldlos ist, illusorisch gemacht. Es ist höchste Zeit, daß sich das Reich der Dinge annimmt und hier helfend eingreift. Das ist ebenso wichtig, als zusammenbrechende Industrie-Unternehmungen, die meist

## Wie lange sind unsere Bundesmitglieder arbeitslos?

Ende Mai oder in den ersten Tagen des Monats Juni wird jedes Bundesmitglied durch seinen Baugewerkschaftsvorstand eine Fragekarte erhalten, worauf es außer einigen Personalangaben ähnlich wie im November 1930 einträgt, ob es in Arbeit steht oder ob es arbeitslos ist, und wieviele Wochen es bis zum 30. Mai in dem abgelaufenen Zeit des Jahres 1932 sowie in den Jahren 1931 und 1930 wegen Arbeitsmangel arbeitslos gewesen ist. Alle Mitglieder müssen an dieser Erhebung teilnehmen, damit der Öffentlichkeit noch eindringlicher als bisher die Not der Bauarbeiterschaft vor Augen geführt und den verantwortlichen Stellen das Gewissen weiser geschärft werden kann zu einer beschleunigten Arbeitsbeschaffung. Damit die Erhebung gut und schnell durchgeführt wird, ergeht an die Bundesmitglieder folgende Bitte:

1. Schon jetzt die etwa erforderlichen Feststellungen über ihre Arbeitslosigkeit in den Jahren 1930, 1931 und bis zum Stichtage, dem 30. Mai 1932 zu treffen, damit sie die Fragekarte sogleich ausfüllen können, wenn sie diese von ihrem Baugewerkschaftsvorstand erhalten.
2. Wo Helfer nötig sind, müssen sich arbeitsfreie Mitglieder ihrem Baugewerkschaftsvorstand in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen. Hierbei dürfen besonders unsere jungen Mitglieder nicht fehlen. Am besten wird jedem Helfer eine den jeweiligen Verhältnissen angepaßte Anzahl Mitglieder zugewiesen, denen er die Karten ausstellt und sie auch wieder zusammenholt und dem Baugewerkschaftsvorstand überbringt. Gleichzeitig achtet der Helfer darauf, daß die Karten richtig ausgefüllt werden und leitet den Mitgliedern bei der Ausfüllung erforderlichenfalls seinen Rat.

Selbst an ihrem Unglück durch falsche Expansionen und Spekulationen (schuld) sind, zu sanieren. Die für die Invalidenversicherung aufgewendeten und noch aufzuwendenden Summen kommen allein dem Volke in seiner Gesamtheit zugute.

# Aus den Baugewerkschaften

Arbeitsbeschaffung durch Instandsetzung von Altmöblungen. Einen nachkommenswerten Schritt hat die Baugewerkschaft Tullingen in der Frage der Instandsetzung von Altmöblungen beim Gemeinderat der Stadt Tullingen unternommen. In einer Eingabe ersuchte die Gemeinde der Stadt, bei der württembergischen Landesregierung dahin vorstellig zu werden, daß aus den Hausinspekturmitteln Gelder zur Verfügung gestellt werden zum Zwecke von Instandsetzungsarbeiten an Altmöblungen. In der Eingabe wurde auf das schon im „Grundstein“ mitgeteilte Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 14. April 1932 verwiesen, in dem der Minister anregt, zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe Mittel der Hausinspektur zur Instandsetzung von Altmöblungen bereitzustellen. Unter Hinweis auf das Bedürfnis der Instandsetzung von Wohnungen sowie auf die große Notlage der Arbeitererschaft wurde der Gemeinderat gebeten, alsbald bei der württembergischen Regierung in geeigneter Weise vorstellig zu werden. Der Gemeinderat beschloß daraufhin am 3. Mai einstimmig, dringend bei der württembergischen Regierung in dem von unserer Baugewerkschaft empfohlenen Sinne vorstellig zu werden. — Da kein Schrift und kein Mittel unerfüllt bleiben darf, um unsern Kollegen durch jeden, auch den kleinsten Auftrag Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, kann der Schrift der Baugewerkschaft Tullingen zur Nachahmung nur dringend empfohlen werden.

Auerbach (Vgll.). (40 Jahre Zentralorganisation.) In unseren Jahrestellen Reichenbach-Wylau-Neißchka schlossen sich 1887 eine Anzahl Maurerkollegen zu einem Fachverein zusammen. Bereits 5 Jahre später hatten sie erkannt, daß ihre wirtschaftlichen Belange in einer Lokalorganisation nicht genügend gewahrt werden konnten. Deshalb wurde am 1. April 1892 beschlossen, dem Zentralverband der Maurer beizutreten. Eifrige Befürworter dieses Anschlusses waren die noch heute lebenden



und im Bilde gebrachten Kollegen Richard Dörfel, Wilhelm Schneider, Robert Dörfel und Osmar Weber. Ihnen und den wenigen anderen, leider verstorbenen Kollegen ist es zu danken, wenn schon in den neunziger Jahren in einer Reihe vogelländischer Städte kräftig für den Gedanken eines zentralen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der damaligen Maurer geworben wurde. Bis nach Plauen, ja selbst bis hart an die böhmische Grenze wurde von ihnen dieser Gedanke getragen. Nicht immer war dies von Erfolg gekrönt. Und doch konnte um die Jahrhundertwende mit Befriedigung festgelegt werden, daß in allen Städten des Vogellandes die Bauarbeiterschaften festen Fuß gefaßt haben. Dabei wurde selbstverständlich auch der weitere Ausbau in Reichenbach-Wylau-Neißchka nicht vernachlässigt. Man muß die vier Kolonnen aus der damaligen Zeit erzählen hören. Mancher Mitglieder, vor allem aber unsere Jugend, könnte dabei sehr viel lernen. Außer dem alten, gesundheitslich stark mitgenommenen Kollegen Robert Dörfel, der seine Wohnung fast nicht mehr verlassen kann, finden wir die drei anderen Kollegen aber heute noch bei aktiver Beteiligung an allen Arbeiterveranstaltungen. Mit Freude und Stolz stellen sie fest, daß gerade die Arbeiterbewegung Reichenbachs, an der sie mehr denn 40 Jahre mitgearbeitet haben, gerade heute einiger denn je ist. Und wir jüngeren wollen diesen Kollegen für ihre aufopferungsvolle Arbeit nicht mit leeren Worten danken. Wir haben alles einzusehen, daß Reichenbach der unerschöpfbare Feld im besonders brandenden Meier parteipolitischen Verheubung des Vogellandes bleibt, von dem die Gesundung auch auf andere Orte unserer engeren Heimat übergehen wird. Damit bereiten

mir unseren vier Kollegen die größte Freude. Und dies soll unser Dank an Euch sein!

Glauchau. Nach dem plötzlichen Tod des Geschäftsführers unserer Baugewerkschaft, Kollegen Starke, werden Gerüchte verbreitet, die seinen Tod mit Veruntreungen in der Kasse in Verbindung bringen. Diese Meinung konnte nur entfallen, weil Kollege Starke an der dritten Nachprüfung nicht mehr teilnehmen konnte. Eine Nachprüfung der Kasse durch unsern Bundes-Hauptrevisor Kollegen Nag Anton hat ergeben, daß die Kassenbücher richtig abgeschlossen, alle vorgefundenen Belege in Ordnung, ja sogar noch ein kleiner Nachtrag von 22,21 M vorhanden war, der der Frau Starke zurückgezahlt worden ist. Der Bundes-Hauptrevisor stellt hiermit fest, daß an der Kassenführung des Kollegen Starke keine Vorwürfe zu machen waren und gegenläufige Gerüchte nicht den Tatsachen entsprechen.

Heilbronn. (Eine Ausbeutefirma.) Der breiten Öffentlichkeit ist unbekannt, daß die Firma Paul und Hugo Enste seit einigen Monaten Rittergutbesitzer ist. Die Firma kaufte sich ein großes Gut mit Gipswerk bei Waldenburg, genannt „Reibighof“. Dieses Gut wird jetzt von der Firma umgebaut. Enste versteht es meisterhaft, die durch die Arbeitslosigkeit verursachte Not der Bauarbeiter auszunutzen. So verlangt die Firma, daß von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr — das sind durchschnittlich 65 Stunden je Woche — gearbeitet wird. Einem Maurer zahlt sie je Woche 20 M, einem Hilfsarbeiter 15 M neben freier Kost und Wohnung. Die Kost ist primitiv, als Schlafraum dienen Strohsäcke und Teppiche, Ausbrüche etc. „Ihr müßt arbeiten bis ihr Blut schmeißt, ihr Hunger und Tagesleide“ gehören zur Tagesordnung. All das kann sich Herr Enste in der Gegend von Waldenburg erlauben. In Heilbronn ginge das nicht so leicht, trotzdem versucht er in neuester Zeit, derartige Methoden auch in Heilbronn einzuführen. Wir fragen die Aufsichtsbehörde: Ist es notwendig, daß heute bei der großen Arbeitslosigkeit 65 Stunden und noch mehr in der Woche gearbeitet werden darf, daß Lehrlinge von morgens 1/4 Uhr bis abends 8 Uhr beschäftigt werden? Es wäre ferner auch nicht uninteressant, einmal zu erfahren, wieviel Gelder die Stadtverwaltung Heilbronn Herrn Enste zu seinen Wohnungsbauten zugesprochen hat und ob mit diesem Geld Sofigler gekauft werden dürfen. Bei den Arbeitslosen und Ausgebeuteten wird daunnd abgebaut. Die Stadtverwaltung Heilbronn sollte endlich, sofern Enste im Besitze von städtischen Geldern ist, diese angesichts der schweren Finanzlage zurückfordern, damit nicht das durch die Allgemeinheit aufgebracht Geld dazu benutzt wird, die Vermehrung der Armen in der gefährlichsten Art noch weiter auszuhebeln!

Heilbronn. (Ein Verleumdungsgeliebter!) Der Baumunternehmer Friedrich Schellenberger ließ sich schon seit Jahren in dem „hohen“ Beruf, unsere Organisation zu verunglimpfen. Anfänglich hatten wir dieses Gezeier nicht beachtet. Aber als er auch die Angeestellten unserer Organisation verleumdete, gingen wir gegen ihn auf dem Klageweg vor. Schellenberger mußte zugeben, in böswilliger Absicht einen Verleumdung unserer Organisation verurteilt zu haben. Das war 1931. Aber im Jahre 1932 setzte der Mann sein jämmerliches Gewerbe fort und verleumdete wieder einen Heilbronner Angestellten. Er behauptete Arbeitern gegenüber, der Vertreter der Baugewerkschaft Heilbronn habe während der Lohnverhandlungen geschlafen, weshalb es zum Lohnabbau gekommen sei. Wieder wurde gegen ihn Klage angebracht. Schellenberger mußte diesmal wieder die Klage unangenehm. Er mußte die Kosten und außerdem 25 M im Vergleichsweg bezahlen und eine Erklärung folgenden Wortlauts unterschreiben: „Die über Herrn Robert Reinhardt gelangte Zeugnung, daß er bei den Lohnverhandlungen in Stuttgart geschlafen habe, nehme ich unter dem Eindruck des Bedauerns als unzutreffend an. Insbesondere hat Schellenberger mit diesem Denksatz auf jeden Fall, mir die Zukunft benehmen. Aber schon heute gebe ich mir, daß wir auch künftig auf kein Schäfermaut aufpassen werden!“ Nürnberg. (Michael Riegler.) Einer unserer eifrigsten Kollegen ist von uns gegangen. Am 2. Mai verstarb Michael Riegler im Alter von 59 Jahren. Von Höchstadt a. d. W. ist gebürtig, hat er dort vor einer Reihe von Jahren den Grundstein zu einer Zählstelle gelegt und dadurch die dortige Bauarbeiterschaft geschaffen. In seinem Arbeitsort Nürnberg wirkte er ebenfalls für die Interessen unserer Mitglieder. Daneben verstand er auch, die politischen Interessen wahrzunehmen, auch in der gewerkschaftlichen Bewegung wirkte er fördernd und befruchtend. Sein Hinscheiden trifft uns außerst schwer. Er war einer unserer Besten. Wir rufen allen jungen Kollegen zu, nach dem Vorbild des Verstorbenen zu wirken; dann dienen sie den Interessen der allgemeinen Arbeiterbewegung, und dies ist zugleich die beste Ehrung für den Verstorbenen, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden!

Wärzburg. „Skandal“, wo bleiben die Gewerkschaften! So rief die „Neue Landeszeitung“, das Blatt unseres Mittellandes. Es meint damit eine Wohnungsbaufrage in der Nähe Würzburgs, wo ein polnischer Unternehmer, meist unter Tarif zahlt. Was ist mit diesem „Skandal“? Die Baufrage liegt im Gebiet der Lohnklasse IV des Landesvertrages für das bayerische Baugewerbe. In Klasse IV ist der Tiefbauarbeiterlohn 58 S. Dieser Lohn zahlt die Firma. Gemäß ein miserabler Lohn! Die gleiche Zeitung wehrt aber sonst gegen alle gewerkschaftliche Lohn- und Sozialpolitik. Und das Thema „hohe Bauarbeiterlöhne“ wird von ihr immer gründlich verdorfen. Zur Zeit wollen die Herrschaften mit allen Mitteln diese unter aller Lebensmöglichkeit liegenden Löhne so hoch als abbauen. Und der „polnische“ Unternehmer ist aus Reusbad a. d. Saale. Nach der Geographie jener Zeitung liegt aber dieser Ort mitten in Polen. Doch das Blatt mag sich trösten. Fünf Kilometer im Umkreis der Stadt Würzburg gibt der Lohn der Ortsklasse I. Kommt der Unternehmer auf dieses Gebiet, so werden wir schon für die zuständigen höheren Löhne sorgen o h n e den schneidenden Anker und o h n e Hilfe dieses Blattes!

Wärzburg. Innerstädtisches Verbalten legten die Maler-, Zersäher- und Stuckgeschäfte ihren Gehilfen gegenüber am 6. Mai (Sabbat) an den Tag. Die Kranten legten unseren Verputzern statt 1,11 M und den Stuckateuren statt 1,13 M einfach 60 S als Stundenlohn in die Köhnen. Reklamationen dagegen wurden so beantwortet: „Nebr gibts nicht, wer nicht zufrieden ist, kann gleich seine Papiere mitnehmen. Jetzt herrscht ein tarifloser Zustand, die Innung hat eben nur 60 S Stundenlohn festgesetzt.“ In

der Lokalpresse forderten wir hierauf die private Kundschaft und die Behörden auf, diesen „Meistern“ auch nur noch die Hälfte des vereinbarten Preises zu zahlen. Und an dieser Stelle fordern wir unsere Mitglieder auf, ihre Leistungen einzurufen, das heißt von den Unternehmern „festgefesselt“ Lohn empfangen. Im übrigen werden wir uns bei allerhöchster Gelegenheit dieses unverschämten Lohnentzugs erinnern und einigen dieser „Firmen“, die ohnehin nur eine Scheingestaltung führen, das Gelingen auf Kosten des Arbeiters völlig verhindern. Kollegen! Haltet zusammen! Diese Herren sollen sich bei Eintritt besserer Konjunktur von unserer ungeborenen Kraft überzeugen! — Mit derselben Begründung bankten auch die W a d e r auf 78 3 ab. Auch hier gilt für die Kollegen, was wir den Verputzern und Stukkateuren gesagt haben!

### Aus den Fachgruppen

#### Töpfer und Fliesenleger.

Schwabenfreud in Herrenberg. Vor einiger Zeit sagten die Ofenfeimister des Bezirks Reutlingen in Herrenberg. Bei der Besprechung des Prüfungswesens wurde nach der „Neuen Deutschen Tageszeitung“ mitgeteilt, daß die Lehrlinge nach beendeter Lehrzeit künftig (wenigstens in der Großstadt) nur je nach dem erlernten „Spezialberuf“ (als Reparaturarbeiter oder als Ofenfeimer) geprüft werden sollen. Bei einzelnen Meistern werde in gut wie nie ein Kachelofen gelehrt. Unter Umständen könne ein Lehrling auch beide Prüfungen ablegen. — Diese bewauerliche Entwicklung ist keine abschließliche Krisenregelung, sie ist durch das Ueberhandnehmen der Kleinmeister im Ofenfeimergewerbe verursacht worden. Wenn ein Ofenfeimer aus Mangel an angemessener Berufsaussicht sich selbständig macht und dabei Reparaturarbeiten lernt, so ist das zu verstehen; in der Großstadt wird „neue Arbeit“ in der Regel von leistungsfähigen Großgeschäften ausgeführt. Ganz entschieden müssen wir uns aber dagegen wehren, daß solchen Reparaturmeistern Lehrlinge zur „Ausbildung“ überlassen werden. Schon immer haben wir dagegen angekämpft, daß für die Zulassung zur Lehrlingsausbildung nur die bestmögliche Eignung des Auszubildenden entscheidend sei, nicht aber die Beschaffenheit seines Betriebes. Was ist das für eine Lehre? Reparaturarbeiten! Danach könnte unsere schulentlassene Jugend auch Reparaturfischer, Reparaturschneider oder Tischhauer „lernen“! Und was sagen die zuständigen Handwerkskammern zu diesem „Ausbildungsplan“ der mürrischen Ofenfeimister? Jedenfalls muß es schon jetzt großes Bestreben erregen, wenn eine solche unmögliche Ausbildungsregelung von der Heizechnischen Landeskommission sogar empfohlen wird. Die jahreslangen Bemühungen um die Verbesserung des Kachelofens in Form und Heiztechnik müssen geschädigt werden, wenn man Menschen zur selbständigen Ausbildung des Ofenfeimergewerks „erzucht“, ohne daß sie je einen Ofen fachgemäß aufgebaut haben! Wollen denn die Reparaturmeister im Ernst solche „ausgelernten“ Reparaturarbeiten, als „Wesellen“ weiterbeschäftigen? Jedenfalls hätten wir eine heiztechnische Organisation der Heizechnischen in solchen Fragen mehr Gehör und Tatkraft erwartet. Wir haben bereits in einer Nummer des „Bauwerk“ dargelegt, wie die Mißstände in der Lehrlingsausbildung des Ofenfeimergewerks abgeheilt und die Ausbildungspläne den zeitigen Anforderungen entsprechend gestaltet werden können. Wenn schon die Unternehmer aus „Preisgründen“ nicht auf die Schritten der Gewerkschaften hören, so sollten sie wenigstens dem Rat eines Fachlehrers folgen. Was der Gewerkschafter P r a b l in Hamburg unsanft über die Mißstände der Lehrlingsausbildung im Ofenfeimergewerbe und über die Möglichkeiten der Umgestaltung in der „Neuen Deutschen Tageszeitung“ veranschaulicht, las ich wesentlich ernster als dieser Herrenberger Schwabenfreud!

Heiztechnik, Wesellen und Unternehmer. Manchmal scheint es den Ofenfeimistern unangenehm zu sein, daß die Schaffung einer heiztechnischen Organisation zur Verbesserung des Kachelofens von den Ofenfeimern angefangen wurde. Da diese richtungswegende Tat der Konferenz der Ofenfeimergesellen vom 3. und 4. November 1907 nicht abgelehnt werden kann, wird verständlich, weshalb auch Herr C e r er erlangen würden, haben wir allerdings nicht vermutet, weil er in seiner damaligen Eigenschaft als Lehrer an der Münchener Fachschule der erwählten Beschlüssen beizuhelfen und deren richtunggebende Beschlüsse für den Aufbau einer heiztechnischen Zweckgemeinschaft noch ungetrübt in Erinnerung haben sollte. Auf einer Unternehmerversammlung in Hamburg mußte aber Herr C e r er nach dem Bericht in Nr. 17 der „Neuen Deutschen Tageszeitung“ als Reklamationsausgang seiner Zeit den kauden Meistern unter anderem folgendes mitteilen: „... Ein kapitalistischer Ausgang unseres Gewerbes war die Folge. Es ist bezeichnend für die damalige Mißlosigkeit, daß sich eine im Jahre 1907 von der Gesellschaft nach Dresden einberufene Konferenz nicht mit Abwehrmaßnahmen besaß, sondern nur darüber diskutierte, mit welchen Mitteln man den entgangenen Lohn noch etwas hinauszögern könne.“ Das ist eine Darstellung, die der Bedeutung jener Konferenz nicht gerecht wird. Die Konferenz hat durchaus wirksame Abwehrmaßnahmen getroffen und hierbei vor allem die Grundlage für eine besondere heiztechnische Organisation im Ofenfeimergewerbe geschaffen. Sie beschloß nach dem Referat unseres Kollegen W e i e r, zur Beseitigung der Mißstände im Ofenfeimergewerbe die arbeitsmaterial- und heiztechnische Verbesserung des Kachelofens in Gemeinschaftsarbeit von Wesellen und Unternehmern anzustreben und hierfür eine zentrale Kommission einzusetzen. Die Wirkung, die von dieser Tagung ausging, insbesondere der starke Nachhall der Forderung, heiztechnische Kommissionen zu bilden und in ihnen nach den von der Konferenz aufgestellten Grundrissen für die Verbesserung des Kachelofens zu arbeiten, haben die Konferenz zum Ausgangspunkt der planmäßigen heiztechnischen Bestrebungen im Ofenfeimergewerbe gemacht. Warum wollen die Unternehmer immer wieder die Verdienste der Wesellen auf dem Gebiet der Förderung des Kachelofens nicht wahr haben? Wünscht man dort die Mitarbeit der Wesellen an den heiztechnischen Bestrebungen nicht?

## Politische Zeitnotizen

Brünings Appell an die Staatsmänner der Welt. Vor dem Berliner Verband der auswärtigen Presse hielt Reichskanzler Dr. Brüning eine bemerkenswerte außenpolitische Rede. Er stellte fest, daß sich dieses gegenüber Deutschland zum besten gependet habe. Die Atmosphäre des Hasses ist vielfach gemichen. Brüning forderte Gleichstellung in der Abrüstungsfrage und fuhr dann fort: „Was von der Abrüstungsfrage gilt, gilt im gleichen Maße von den Reparationszahlungen. Gänzlich ist in allen denkenden Köpfen die Ueberzeugung Gemeingut, daß Deutschland die ungeheuren ihm auferlegten Zahlungen nicht leisten kann. Deutschland hat für den neueren Geschichte gemacht und Opfer bringen müssen. Einmal aber müssen diese Opfer ihr Ende haben. Einmal muß der Schlußstrich gezogen, einmal muß auch diese Rechnung als beglichen anerkannt werden, wenn wirklich der Krieg als beendet erklärt werden soll. Es ist zwar kein Krieg mehr, aber es ist auch kein Frieden. Es ist ein Zwischenzustand, der im Interesse der Welt endlich sein Ende finden muß. Die Kräfte geht mit Gigantenschritten ihren Weg, an dem sich von Tag zu Tag die schwersten Opfer häufen. Und die Staatsmänner zögern. Während die Staatsmänner zögern, wächst die Distanz zwischen dem Gischritt der Tot und dem schleppenden Tempo der Diplomaten zu immer größeren, immer bedrohlicheren Ausmaßen. Sört man in den Staatskanzleien und in den Konferenzen der Wirtschaftskönige der Welt nicht den immer stärker anwachsenden Eifer derer, denen die beständige Ergebnisarmut der bisherigen internationalen Beratungen der wichtigste Antrieb ihrer Extremen, ja revolutionären Fronten ist? Giebt man nicht, daß aus den Gräbern vernichteter Völker dämonische Geister der Verneinung und Verstärkung ersehen? Wir können nicht mehr warten, weil die Völker nicht mehr warten wollen und nicht mehr warten werden. Was uns no tut, ist nicht eine Multiplikation der Konferenzen, sondern die beschleunigte und die ganze Tat. Ich bin so pessimistisch, wie jeder Staatsmann sein muß, der immer, wenn er richtig denken und handeln will, den unangünstigen Ausgang auch in seine Rechnung stellen muß. Aber in einem bin ich absolut, überzeugter, wenn Sie wollen, 100prozentig. Ich bin Optimist im Glauben an die unabhängige Zukunft unseres Volkes und unseres Reiches.“

Aus dem Reichstag. Zu Beginn der vierzigsten Tagung des Reichstags legte Minister Dietrich ein „Geseß über Schuldentilgung und Kreditermächtigung“ vor, letzteres um für Zwecke der Arbeitsbeschaffung eine innere Anleihe (Prämienanleihe) in unbestimmter Höhe auszugeben. § 8 des Gesetzes ermächtigt den Reichsfinanzminister, für Siedlungen, Meliorationen, Beschäftigung Jugendlicher und sonstige Arbeitsbeschaffung Geldmittel durch Ausgabe von Schuldverschreibungen zu beschaffen und die Höhe des jeweils der geschätzten Beträge festzusetzen. Er darf in Höhe der geschätzten Beträge Geldmittel im Wege des Zwischenschaltens beschaffen. Der Reichsminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, für die auf Grund und Boden hinsichtlich der Anleihebeträge, der Zinsen und der etwaigen Prämiensteuer Anleihen zu gewähren und die hierzu erforderlichen Bestimmungen zu treffen. In der Begründung zum Gesetzentwurf heißt es, es sollen Arbeiten bevorzugt berücksichtigt werden, die einen Ertrag abwerfen. Im Vordergrund der geplanten Maßnahmen steht also die landwirtschaftliche Siedlung und die Beschäftigung Jugendlicher. Die eigentliche Bauwirtschaft darf dabei so gut wie nichts und das Baustoffgewerbe nur wenig für sich erhoffen. Immerhin ist die Aufnahme einer Arbeitsbeschaffungsanleihe nicht zuletzt ein Erfolg der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die seit langem die Auslegung einer solchen Anleihe gefordert haben. Nach Erweiterung des Programms wird mit allen gewerkschaftspolitischen Kräften getrebt. Die Rede des Reichsfinanzministers und auch die nachfolgende Rede des Sozialdemokraten F r e i s f e l d wurde auch von den Nazis mit Ruß geöhrt, obwohl Freisfeld den Nazis ein wahrheitsgetreues Spiegelbild vorhielt. Einmal sah ich es fast so aus, als wenn die Nazis durch manerliches Benehmen Galan- und Koalitionsfähigkeit nachweisen wollten. Aber als der Reichswehr- und Innenminister das Verbot der NSL begründete und mit landesverräterischen Dokumenten aus dem Reichsarchiv besetzte, sah sich für den Weiterbestand des Reichsbanners einsetzte, da gab's Krach und im Nu verwandelte sich die Nazisfraktion, in der mehr als ein Dutzend recht zweifelhafter Elemente sind, zu dem alten Brüller und Schreierhaufen, den man seit 1930 zur Genüge kennt. Gegen Ende der Tagung hielt der Reichskanzler eine große politische Rede. Er wandte sich dabei gegen die Nazis, die sich gewissermaßen privatparteilich in die Außenpolitik einzumischen versuchen, indem sie Vertretern des sonst so geachteten Auslands anbauend erzählen, was sie nach der Regierungsbildung tun wollen. Im Kaiserhof und in den Braunkohlgruben sind Kämpfe vor dem Ausland an der Tagesordnung. Der Reichskanzler warnte die Nazis: „Es

ist weder im Interesse des Reiches noch im Interesse einer gradlinigen festen Fortführung der Außenpolitik wünschenswert, daß das Ausland etwa auf Grund von allen möglichen privaten Schwärzereien hoffen könnte, daß die kommende Regierung kompromißtreuiger wäre.“ Der Reichskanzler berührte auch wirtschaftliche Fragen, so die Frage der Arbeitsbeschaffung, sprach aber mit keinem Wort zu den Mißtrauensanträgen, die gegen das Kabinett und einzelne Minister gestellt waren. — Bis zum vierten Verhandlungstage entwickelten sich die Nazis völlig zu ihrem Unheil zurück: Eine Horde unpolitischer Rabaudrücker, über deren Entsendung in das Reichsparlament durch einen gewissen Teil des Volkes später die Psychologen und Psychiater Untersuchungen anstellen können. Im Reichstagsrestaurant überfielen Nazisgeordnete, darunter der Fremdenführer seines jenseitigen Bekanntheit des Reiches, den Journalisten Dr. Klotz, der selber einer der ihren war, von dieser Zeit her „Stabschef“ Rösser gut kennt, und diesen wegen seiner homosexuellen Neigungen durch Veröffentlichung von Briefen Rössers stark kompromittierte. Sie schlugen Klotz nieder und warfen sich noch mehrmals auf ihn, trotzdem Reichstagsbeamte den Ueberfallenen bereits in ihren Schutz genommen hatten. In Verfolg des brutalen Ueberfalls beordnete der Reichstagspräsident die Polizei in den Saal, die auf Anweisung einige Teilnehmer an dem Ueberfall verhaftete. Darauf floh die Sitzung auf und die Tagung des Reichstags nahm somit ein unruhiges Ende. Die Tagesordnung ist nicht ganz aufgearbeitet worden. Ein Mißtrauensantrag gegen das Kabinett war mit guter Mehrheit abgelehnt worden. Ueber einige Anträge wurde nicht abgestimmt. Die nächste Sitzung des Reichstags ist wahrscheinlich am 8. Juni. — Der Abschluß der Tagung brachte noch den Rücktritt Groenens von seinem Posten als Reichswehrminister. Reichsinnenminister wird er bleiben. Sein Rücktritt muß als Sieg der Generalskamarilla gewertet werden.

Die Zusammenfassung des Preußenabgates. Nach dem nunmehr vorliegenden endgültigen Wahlergebnis zum Preussischen Landtag erhalten die Sozialdemokraten 94 Sitze, das Zentrum 87, die Deutschen Nationalen 31, die Nazis 182 und die Kommunisten 57 Sitze. Der Rest der insgesamt 423 Sitze entfällt auf die kleineren Parteien, darunter befindet sich die Staatspartei, die aber nur zwei Abgeordnete hat.

Auch die Nazis hoffen auf die SPD. Der Führer der neuen Nazi-Landtagsfraktion in Preußen, K u b e, äußerte sich in Kassel über die Absichten der Nazis. Seine Rede war eine scharfe Abgabe an den Gedanken einer Koalition mit dem Zentrum. „Wenn nach der Wahl von 102 nationalsozialistischen Abgeordneten die Macht der Staatsregierung nicht den Nazis übertragen werde, dann werde die Partei den Landtag wieder auflösen. Sie brauche dazu nicht die Hilfe der bürgerlichen Parteien, denn sie werde die Auflösung allein mit der Kommunisten durchsetzen, deren Unterstützung sie sicher sei.“ — Für eine reaktionäre Politik, die dem Zusammenreißen der Republik gilt, soll die Hilfe der Kommunisten eingeleistet werden, mit denen zusammen die Nazis im neuen Landtag über eine absolute Mehrheit verfügen würden. Mit Hilfe der Kommunisten Landtagsauflösung, um die Möglichkeit zu schaffen, der Reichbürger Reichstagen die noch fehlenden Mandate zur Mehrheit zu verschaffen. Ob die SPD, dazu ihre Hand bieten wird? Auch in dieser Frage wird es auf Stalin ankommen. Wie er gebietet, wird gekuschelt!

Heßischer Landtag aufgelöst. Der Heßische Landtag ist vom Staatsgerichtshof als aufgelöst erklärt worden. Das wurde erreicht durch einen Einspruch der heßischen Wirtschaftspartei, die sich wegen Nichtzulassung ihres Wahlvorschlages — durch den Wahlprüfungsausschuß benachteiligt fühlte. — Nach einem Beschluß der heßischen Staatsregierung werden die Neuwahlen am 3. Juli vorgenommen.

Wofür bekommt Regierungsrat Siffer sein Geld? Im Braunschweigischen Landtag hat der sozialdemokratische Abgeordnete Tielemann eine Anfrage eingebracht, in der gefragt wird: 1. Befindet sich der Regierungsrat Siffer noch im braunschweigischen Staatsdienst? 2. Wenn ja, ist das Disziplinungsverfahren gegen ihn eröffnet? Welche Vorwürfe werden unterstellt? 3. Warum macht der Regierungsrat Siffer keinen Dienst? — Das letztere möchten wir auch wissen, wofür jemand ein Gehalt bezieht, trotzdem er von der ersten Stunde seiner Bestallung an keinen Dienst macht.

Auch in Oesterreich Kabinettswechsel. In Oesterreich ist als Folge des Ausganges der Gemeindevahlen in Wien die Regierung Buresch zurückgetreten. Die Sozialdemokraten hatten den Wahl des Nationalrats verlangt, dem Buresch durch Rücktritt zu begegnen glaubt. — Es wurde zum Zwecke der Regierungsbildung mit der Heimwehr verhandelt. Nazisbeinhaltet!

Der vierzehnte Präsident der französischen Republik. Die Nationalversammlung wählte den Senatspräsidenten Albert Lebrun zum Präsidenten der Republik. Der Ministerpräsident Lardien überreichte dem neuemwählten Präsidenten die Gesamtdemission des Kabinetts. Der Abgang der Kammerwahlen wird es mit sich bringen, daß der Sieger der größten Linkspartei, Edouard Herriot, mit der Bildung des Kabinetts betraut werden wird.

### Die Lindcar-Werke

sind ein Gewerkschaftsunternehmen!  
Lindcar-Fahrräder sind gut und billig!  
Lindcar-Fahrräder gibt es bereits zum Preise von 62 M. an!  
Bequeme Teilzahlung von 2 M. an je Woche!  
Etwa 210 Niederlag, an bedeutenden Plätzen!  
Ueber 3500 große Abgabestellen und Ueber 2000 Vermittlungsstellen durch Ortsausschlüsse und Gewerkschaften!  
Lindcar führt auch Nähmaschinen und Nähmaschinenmöbel!  
Auch hierin bequeme Teilzahlung!

Unterstützt die Eigenbetriebe der Gewerkschaften!

### Allgemeine Grundschau

Vernünftige Ansicht über den freiwilligen Arbeitsdienst. Bei einer Beratung der Baupolizei der Stadt Magdeburg sagte der Baurat G i s i c h unter Zustimmung der leitenden Herren aus der Verwaltung, die durch den freiwilligen Arbeitsdienst auszuführenden Arbeiten seien die reine Spielerei und mit einer normalen Arbeit nicht zu vergleichen. Es wäre schlimm, wenn dafür große Mittel bereitgestellt würden, die in keinem Verhältnis zu der Arbeit ständen. Baurat G i s i c h bewaurete ferner, daß Preußen den Städten für Volkstagsarbeiten jede Förderung abgelehnt habe und die Deutsche Gesellschaft den Preußenanteil

